

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 2 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M., frei ins Haus, einschließlich der Beilage "Wort und Bild".

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



## Anzeigen

werden die lebhafte 8 mm hohe (Petit) Zeile oder deren Raum mit 15 Pg. berechnet; ansonsten 20 Pg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Seite 10 Pg. Verbindlichkeit für Wohl, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 2071.

Aannahmgebühr für Öfferten und Auskunft beträgt 15 Pg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 10.

Donnerstag, den 14. Januar 1926.

19. Jahrgang.

Nur nicht so schnell noch allein greifen;  
Gedulde dich, halt' ruhig still;  
Sich', wie die Dinge langsam reisen  
Mit denen Gott uns segnen will.

## Ein Kabinett der Mitte.

Am heutigen Donnerstag sollten die Fraktionsführer des Zentrums und der Demokraten dem Reichspräsidenten das endgültige Ergebnis ihrer Verhandlungen über die Große Koalition mitteilen. Die gewünschte Klärung ist jedoch rascher erfolgt, als man erwartet hatte, sodass die ursprünglich festgesetzte Frist nicht eingehalten zu werden brauchte. Am Donnerstag abend hatte sich nämlich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit großer Mehrheit erneut gegen eine Beteiligung an einer Regierung der großen Koalition ausgesprochen. Damit waren die Bemühungen um das Zustandekommen einer Mehrheitsregierung unter Einfluss der Sozialdemokratie endgültig gescheitert, und die Abgeordneten Brehm und Koch waren damit schon vor Ablauf der ihnen gesetzten Frist in der Lage, dem Reichspräsidenten das negative Ergebnis ihrer Verhandlungen mitzuteilen. Kurz entschlossen, hat der Reichspräsident alsdann den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther zu sich berufen und ihn mit der Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte beauftragt.

Wie zu erwarten war, hat sich der Reichskanzler Dr. Luther zur Übernahme der Bildung des neuen Reichskabinetts bereit erklärt und sofort die nötigen Verhandlungen mit den im Betracht kommenden Mittelparteien eingeleitet. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese Parteien dem Kanzler ihre Unterstützung nicht versagen, sodass das neue Kabinett der Mitte im wesentlichen auf der direkten Unterstützung der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, des Zentrums und der Demokraten fuhen kann. Diese Parteien verfügen jedoch im Reichstag nicht über eine Mehrheit, die neue Regierung ist also eine ausgewogene Minderheitsregierung und wird sich ihre Mehrheiten im Reichstag fallweise suchen müssen. Im Interesse einer Stabilität der deutschen Politik, deren wir heute mehr denn je bedürfen, ist eine derartige Lösung der Regierungssage sehr zu befürworten, eine andere Möglichkeit war aber angekündigt der Parteifusionstheorie nicht gegeben. Eine Mehrheitsregierung ist zur Zeit nur möglich, wenn entweder die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten mitmachen. Die ersten haben sich bekanntlich infolge der Ecaropoleitik des ersten Kabinetts Luther aus der Regierung zurückgezogen, und die zweite Möglichkeit ist infolge der erneuten Ablehnung der Sozialdemokratie ebenfalls ausgeschlossen. So blieb, wenn die sich nun schon seit Wochen hinziehende Regierungskrise beendigt werden sollte, nur die Bildung eines Minderheitskabinetts übrig, das von Fall zu Fall auf die Unterstützung entweder der rechten oder der linken Oppositionspartei angewiesen ist.

Wie wird sich nun das neue Kabinett zusammensetzen? Aller Vorausicht nach wird ein großer Teil der bisherigen Kabinettsmitglieder in das zweite Ministerium Luther übernommen werden. Insbesondere dürfte sein Zweck darüber bestehen, dass das Amt in den Händen Dr. Stresemanns bleibt wird. Gleichzeitig darf als ziemlich sicher angesehen werden, dass Dr. Gehler den Posten des Reichsverkehrsministers behält. Dasselben dürften der Reichspostminister Stingl, der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und der Reichsverkehrsminister Krohne in ihren Amtsherrn bestätigt werden. Das Reichsinnenministerium dürfte mit starker Sicherheit der frühere Reichsinnenminister Dr. Koch übernehmen, während Dr. Luther das Reichsfinanzministerium dem sächsischen Finanzminister Dr. Peter Reinhold anbietet wird, den er selbst als den besten deutschen Finanzminister ansieht. Neu zu besetzen sind ferner das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsjustizministerium und das Reichsministerium für die betreuten Gebiete. Man kann wohl annehmen, dass der Reichskanzler Dr. Luther bereits bestimmte Persönlichkeiten für diese Ministerposten in Aussicht genommen hat.

Die Kabinettbildung dürfte demnach jetzt kein besonderen Schwierigkeiten mehr verursachen. Nach Ansicht der unterrichteten Kreise wird die Ministerliste sozeitig fertiggestellt sein, dass Reichskanzler Dr. Luther sein zweites Kabinett voraussichtlich am 15. Januar, dem Geburtstage des ersten Luther-Kabinetts, dem Reichstag vorstellen kann.

## Die Befreiung Luther.

Eine Regierung der bürgerlichen Mitte.

Amtlich wird mitgeteilt: "Der Reichspräsident empfing Mittwoch mittag um 11 Uhr die Abgeordneten Brehm und Koch, die ihm über die Verhandlungen zur Schaffung der Großen Koalition und deren negatives Ergebnis berichteten. Der Reichspräsident dankte beiden Herren für ihre Bemühungen und ihren Bericht. Er erklärte, nachdem alle Versuche zur Schaffung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit gescheitert seien, werde er nunmehr eine neue Regierung der Mitte schaffen. Er rüstepte an die beiden Parteiführer das Gründchen, ihn angelebt der Notlage des Vaterlandes hierbei tatkräftig zu unterstützen. Die Herren Koch und Brehm nahmen dies zur Kenntnis und erklärten sich zu Verhandlungen an dieser Grundlage bereit.

Um einhalb zwölf Uhr empfing der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Luther und beantragte ihn mit der Regierungsbildung. Dr. Luther hat den Auftrag angenommen."

## Die Absage der Sozialdemokraten.

Der Beschluss der Reichstagsfraktion.

Mit 85 gegen 33 Stimmen.

Die Entscheidung in der Frage der Großen Koalition war in der Fraktionsitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefallen, die am Dienstag nach dem Anschluss an die Reichstagsitzung stattfand. Nach mehrstündiger Debatte hatte die Fraktion mit 85 gegen 33 Stimmen den Eintritt in eine Regierung der Großen Koalition abgelehnt. Nach der Fraktionsitzung wurde ein parlamentarischer Bericht ausgegeben, in dem der ablehnende Beschluss der Fraktion — unter Hinweis auf die erste Absage der Sozialdemokraten am 16. Dezember — folgendermaßen begründet wird:

"Die sozialdemokratische Fraktion muss feststellen, dass Gründe für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es bestehen keinerlei Anzeichen dafür, dass die Deutsche Volkspartei ihren bisherigen Reichstagsauszugeben gewillt ist. Die Volkspartei hat auch in den bisherigen Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition einen ernsten Willen zur Zusammenarbeit nicht erkennen lassen. Gerade die Deutsche Volkspartei war es, die der sozialdemokratischen Forderung über den 1. Februar und den 1. Februar ihre Zustimmung verlieh, die sich im sozialpolitischen Ausschuss gegen die sozialdemokratischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge erkläre und die in der Frage der jetzt zum öffentlichen Standpunkt gewordenen Fürsakenabfindung die sozialdemokratischen Forderungen zurückwies.

Deshalb erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, dass sie die Bildung einer Großen Koalition kein Grundlage besteht."

Dieser ablehnende Beschluss entsprach der Stellungnahme des Parteivorstandes, der sich ebenfalls gegen die Große Koalition erklärt hatte.

## Die Erwerbslosen-Fürsorge.

Einbeziehung der höherbezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge.

Im Reichstag-Ausschuss für Soziale Angelegenheiten wird zur Zeit eine Regierungsvorlage beraten, die die Einbeziehung der höherbezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge zum Inhalt hat. Dem Gesetz soll rückwirkende Kraft vom 1. Januar dieses Jahres ab verliehen werden.

Das Gesetz zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung wird auf Angestellte mit einem Jahresverdienst von mehr als 2700 bis zu 6000 M. erweitert, wosogar die besteuerten Angestellten und ihre Arbeitgeber zur Leistung von Beiträgen verpflichtet werden, doch soll der Teil des Arbeitsverdienstes außer Betracht bleiben, der die Krankenversicherungsgrenze übersteigt. Die Beitragsentziehung wird, wie in der übrigen Erwerbslosenfürsorge, den Krankenkassen übertragen.

Über die finanzielle Wirkung wurde von der Regierung erklärt, dass bei dem Höchstbeitragstanz von zusammen 3 Proz. wie er gegenwärtig nahezu über 11 erhöht wird, die Beiträge der nahezu 400 000 höherbezahlten Angestellten (17 Proz. von 2,3 Millionen Angestellten überhaupt) auf monatlich 2,4 Millionen Reichsmark zu schönen sind. Dem stände, wenn man den Monatsaufwand für einen höher bezahlten Angestellten auf rund 10 Reichsmark und die jährliche augenblickliche Erwerbslosen unter den höherbezahlten Angestellten auf 25 500 (17 Proz. von 150 000 erwerbslosen Angestellten überhaupt) beziffert, eine monatliche Ausgabe von zur Zeit 1,9 Millionen Reichsmark gegenüber.

Zur schnellen Erledigung der Vorlage wurde ein Unterausschuss eingesetzt.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 14. Januar 1926.

Zum Vorliegen des Aufsichtsrates der neu errichteten Verfolgungsanstalt der Deutschen Reichspost, die ihren Sitz in Dresden hat, wurde der Präsident der Oberpostdirektion Speyer, Dr. o. B., ernannt.

Im 75. Lebensjahr ist Freiherr Hans Karl von Thüngen, Mitbegründer und Vorstandmitglied der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, auf seinem Stammla in Thüningen in Unterfranken verstorben.

Generalleutnant Keim †. Wie aus Ingelheim an der Bergstraße gemeldet wird, ist Generalleutnant Keim, der bekannte Gründer des Wehrvereins und Mitbegründer des Flottenebereins, im Alter von 81 Jahren gestorben. Bei Ausbruch des Krieges übernahm er zunächst die Landsturmkompanie Lütich und war dann von Ende 1914 bis Frühjahr 1918 Militärgouverneur der belgischen Provinz Limburg.

Vorläufig kein Rücktritt des englischen Botschafters. Wie verlautet, wird Lord d'Albion von dem Berliner Botschafterposten nicht eher zurücktreten, bevor sich die politische Lage in Deutschland weiter gellert hat und bis Deutschland seinen Beitritt zum Völkerbund vollzogen hat.

Gebührende Beleidigungslasten. Aus der neuen englischen Besatzungszone von Wiesbaden sind bei der Reichsregierung zahlreiche Beschwerden über eine Vermeidung der Beleidigungslasten eingelaufen. Unter anderem hat der Taunusfuort Königstein eine erheblich höhere Zahl von Wohnungen und einzelnen Räumen dem englischen Bataillon zur Verfügung stellen müssen, als die Franzosen, die vorher im Königstein garnisierten, sie beanspruchten. Nunmehr hat die englische Besatzungsbefehlde in Königstein sich zu diejenigen auch von ihr anerkannten Missständen gekürt und daraus verwiegen, dass die 9000 Mann zählende englische Besatzung nach der Räumung Königs im rechtsrheinischen Teil des Mainzer Brückenkopfes auf einem verhältnismäßig engen Raum untergebracht werden musste. Dazu kommt, dass die englischen Truppen im Gegensatz zu den französischen sehr viel Beleidigte aufweisen. Daraus erklären sich die stärkeren Ansprüche, die die Engländer in Bezug auf Unterbringungsmöglichkeiten zu stellen sich geneigt haben. Vorläufig können an diesem Zustand auch nichts geändert werden. Aber die englischen Besatzungsbefehlde werden versuchen, im Frühjahr die Gesamtzahl der Besatzungstruppen zu vermindern und dabei in erster Linie Kavallerie berücksichtigen.

Max legt sein Reichstagsmandat nicht nieder. Der bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Max, der vor einigen Tagen von der kommunistischen Parteileitung aus der Partei ausgeschlossen und zur Niederelegierung seines Reichstagsmandates aufgefordert wurde, scheint offenbar keine Neigung zu haben, auf sein Mandat zu verzichten. Er hat sich nämlich als „zu linker Fraktion gehörig“ in die Linke eingekleidet. Außerdem hat die kommunistische Fraktion dem Reichstagsbüro mitgeteilt, dass der Abg. Max ihr nicht mehr angehört.

## Rundschau im Auslande.

Die französische Kammer hat mit 300 von 324 Stimmen den bislangen Kommandanten Herzot wiederbestimmt. Die Abg. Linke stimmen ab.

Noch einer Wiedergabe aus Papago hat sich das Beinden des englischen Außenministers Chamberlain geöffnet. Die Gatt. einer Lungenentzündung ist bestätigt.

Pariser Presseberichten zufolge soll der italienische Ministerpräsident Mussolini auf dringende Ansagen der vierzig im Laufe dieses Monats operiert werden.

## Regierungsumbildung in Österreich.

Das österreichische Kabinett wird in den nächsten Tagen eine wesentliche Umbildung erfahren. Der bisherige Bundeskanzler Dr. Ritter wurde durch einstimmigen Beschluss der Christlich-Sozialen Partei bestätigt, die Bildung der neuen Regierung vorzubereiten und mit der Gründung des Volkspartei über die Zusammenfassung des Kabinettstheilung zu nehmen. Die Demission erfolgt in der Donnerstagssitzung des Nationalrat. In Stelle des auslösenden Finanzministers Dr. Scherzer durch voransichtlich den Abg. Dr. Imann, in Stelle des auslösenden Oberpostamtschefs Dr. Wenzel, der heutige Abg. Wegerer gewählt werden. In Stelle des auslösenden Außenministers Dr. Moos wird nicht mehr belebt. Die Verbindung des Gehalts des auslösenden Amtes übernimmt Vorsitzender Dr. Ritter.

75000 bleiben am Rhein.  
Vollkommen unzählige Truppenverminderung.

London, 14. Januar. Wie der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" mitteilt, sollen nach der nunmehr ansteigenden schleichenden Kräfteverteilung Frankreich 60000, England 8000 und Belgien 7000 Mann als Garnison dort halten. Das bedeutet, daß Frankreich seinen Standpunkt durchgesetzt habe, vorangestellt, daß die Botschafterkonferenz diese vorläufige Entscheidung des Unterstaatssekretärs der Botschafterkonferenz auf halbe. Diese Entscheidung würde meint der Korrespondent, in Deutschland sehr enttäuschen. Vor der Aufbereitung habe die gesamte Bevölkerungsstärke im Rheinland 110000 Mann betragen. Nach der Räumung der dritten Zone würde sie nur ein Drittel vermindert, also auf 75000 Mann geschrumpft. Deutschland seien aber in Vercors Erleichterungen der Bevölkerung zugesagt worden, und der gegenwärtige Entschluß würde demzufolge berechtigte Hoffnungen enttäuschen.

Auf der Konferenz von Vercors haben die deutschen Unterhändler es als eine der wichtigsten Maßnahmen des Sicherheitspaares bezeichnet, daß die Zahl der Belagerungsgruppen in der zweiten und dritten Zone auf die frühere deutsche Heeresstärke, d. h. auf etwa 40000 Mann herabgesetzt wird. Sollte die von dem englischen Berichterstatter angekündigte Kräfteverteilung die Zustimmung der Botschafterkonferenz finden, so würde dieses Verhalten der Alliierten einen Bruch eines gegebenen Versprechens darstellen, der im Rheinland und darüber hinaus im ganzen Reiche große Enttäuschung und tiefste Erbitterung hervorrufen würde.

## Schlafdienst.

Regierungserklärung erst am Mittwoch.

Berlin, 14. Januar. Der Altkabinettschef des Reichstags einzog sich dahin, daß am Mittwoch und Donnerstag die Novelle zum Knappschäftsgefeß und am Freitag die Anträge zur Beobachtung der Hochwasserhorden beraten werden sollen. Sonnabend, Montag und Dienstag sollen für die Vorbereitung der neuen Regierung von Plenarsitzungen frei bleiben, und am Mittwoch soll möglichst die Regierungserklärung und anschließend die erste Sitzung des Staats erfolgen.

Neue Ministerkandidaten.

Berlin, 14. Januar. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, soll vor fröhliche Reichskanzler Marx für die Belebung des Reichsjustizministeriums in Frage kommen. Als ausstötzende Kandidat für das Reichswirtschaftsministerium wird der Zentrumsabgeordnete Lammerstorff genannt. Der bekanntlich Vorstandsmittelglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist.

Italienische Schandjustiz in Südtirol.

Trent, 14. Januar. Rechtsanwalt Dr. Joseph Noldin, der Führer des Deutschen in Südtirol, wurde von dem italienischen Tribunal wegen "Amtsabhrenbeleidigung" zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen und einer Geldstrafe von 500 Lire verurteilt.

Gefährdung des Kölner Doms.

Berlin, 14. Januar. Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags macht in einer großen Anfrage die Staatsregierung und das Parlament darauf aufmerksam, daß der Kölner Dom in seinem baulichen Bestande heute auf das ernstlichste bedroht ist. Die finanziellen Kräfte, die ihn früher erhalten haben, sind durch die Inflation entweder zerstört oder in ihrer Leistungsfähigkeit so herabgesetzt, daß ihre Mittel heute nicht entfernt mehr ausreichen, den Dom vor raschem Verfall zu schützen. Ganz neue Wege müssen zur Erhaltung dieses Werkes gefunden werden. Die Fraktion richtet an die Regierung die Frage, ob sie bereit ist, alle staatlichen Mittel zur Erfüllung einer großzügigen Propaganda zur Wiederbelebung des Baugedankens zur Verfügung zu stellen.

## Sport.

Röhr nach Paris eingeladen. Der Pariser Fußballverband hat Röhr in einem Säckel eingeladen, das am 14. Februar in Paris vor sich gehen soll. Der Kampf soll Röhr das Angebot annehmen.

Worum Deutschland in der Eisstockschiesserei-Konkurrenz steht. Der Berliner Schützenclub, der berüchtigte Vertreter Deutschlands im Eisstockschießen, kann an den Europa-meisterschaften nicht teilnehmen, weil eine Anzahl seiner Spieler Ausländer ist. Worum hat der B.S.C. keinen deutschen Nachschub gesucht?

Eine Jahrhundertealte der deutschen Turnerschaft, aus Anlaß des 100. Geburtstages Theodor Georgi's, fand der Vorstand der deutschen Turnerschaft in der alten niedersächsischen Kleinstadt Orlingen ein, um den Gedenktag in der Geburtsstadt des Mannes, dem 27 Jahre lang er begegnet. Bei dem sehr wohlbewilligten Gedenktag war eine laufenden Menge zugegen. Es lunden überall zahlreiche Krönungsbedeckungen auf.

## Das Fest der Sportpreisse.

Im Berliner Sportpalast stand das alljährlich vor sich gehende Fest der Sportpreisse statt. Der Sportpalast war vollständig ausverkauft. Das Publikum lasste der Gesam-

lassen mit großem Interesse und sorgte auch nicht mit Verlusten. Ein historischer Moment war die Abschiedssrede Waller Witten, 100 Jahren, der 25 Jahre lang an der Spitze des deutsches Sports stand. Sein Sohn Walter, der hoffnungsvolle Amatur, hielt ihm über 2 Stunden. Dann ging Witten an die Seite und fuhr unter plauderndem Beifall die leise Runde. Zeit für die 160 Meter: 11,1. Sieger wurde der Abg. Weller durch Vorstellung der Hochschule, dessen Sohn die Hochschule mit einem 1000-Meter-Lauf angeschlossen. Weller, der deutsche Meister, konnte die Siegerpreise nicht annehmen und endete nur an 7. Stelle. Sieger wurde der mit 10 Meier Vorgabe bedachte Schauspieler Bressow in 2,37,1.

Der Vorstand ohne Entscheidung zwischen Grimm, dem deutschem Weltmeister, und Neuendorf, dem deutschen Weltmeister, fand viel Interesse. Neuendorf stieß aber nicht recht in Form.

## Rundfunk.

Radioverständigung bis zu den Antipoden. Viele Radiotelephonisten, von denen sich der eine in London, der andere auf Neuseeland befindet, konnten die Tage nacheinander eine einwandfreie radiotelephonische Verbindung herstellen. Damit ist ein neuer Record in der drahtlosen Telephonie aufgestellt worden. Die Entfernung zwischen den beiden Stationen beträgt in der Luftlinie ungefähr 21000 Kilometer, doch ist mehr als die Hälfte des Äquatorumfangs, sobald die drahtlose Telephonie heute, praktisch genommen, ebenso den Erdball umspannt wie schon seit Jahren die drahtlose Telegraphie.

## Locales.

Gedenktag für den 15. Januar.

1622. Der französische Kunstschilderer Mollien in Paris († 1673) — 1791. Der Dichter Franz Grillparzer in Wien († 1872) — 1871 (15.—17.). Deutscher Sieg an der Eifel 1909 — 1919. Der Dichter Ernst von Wildenbruch in Berlin († 1845) — 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet — 1924 Gedächtnis in Japan.

Zonne: Aufgang 7,59, Untergang 4,20.

Mond: Aufgang 8,57 B., Untergang 5,58 R.

△ Strafen für betrunkenen Kraftwagenführer. Auch in Deutschland ist zunehmend schon viel schwimmend Unheil durch betrunkenen Chauffeure verschuldet worden. Im großen und ganzen wird ja eine Gefangenstrafe im Maßstab des angerichteten Unglücks ihre Wirkung in England jedoch geht man noch weit schößer vor. Man hat dort jetzt einen Antrag zugestimmt, wonach neben den gerichtlichen Bestrafung den betreffenden Chauffeuren der Führerschein auf sehr lange Zeit zu entziehen ist. In besonders schwer gelagerten Fällen würde sich auch in Deutschland die Anwendung dieser Maßnahme auf einen längeren Zeitraum als bisher empfehlen.

## Die neue Kältewelle.

Überaus schnell ist die gelinde Kältewelle abgelöst worden. Neben einer neuen, äußerst nachhaltigen Kältewelle abgelöst.

Im nordöstlichen Deutschland sind letzter Tage Temperaturen festgestellt worden, die weit unter 20 Grad lagen. Im Kern des Nordwest-Ruhrland bedeckenden Hochdruckgebietes hatte der Luftdruck 794 Millimeter Höhe erreicht, und das Thermometer ist dort bis auf 35 Grad unter Null gefallen. Schon aufwallt sind die außerordentlich starken Frostdruckgegenstände seit den letzten Tagen. Während von wenigen Tagen noch südlich von Island ein Minimum von 705 Millimeter Tiefe lag, hat sich zwei Tage später der Luftdruck im Kern des Hochdruck- und Kältegebietes beißt auf den höchsten Barometerstand amgestellt, der überhaupt verzeichnet wird.

## Das Geld, das auf der Straße liegt.

Es ist nicht immer empfehlenswert, Sprichwörter streng nach dem Buchstab zu aufzufassen, denn vom Geld, das tatsächlich auf der Straße liegt, sind noch recht wenige reich geworden. Überdein ist es ja auch nicht jedermann Sache, sich die Folgen einer Fundunterschlagung auf den Hals zu laden.

Und doch liegt das Geld auf der Straße. Man muß nur verstehen, den Bügel ordentlich krumm zu machen. Vom Bügelkrammachen sind nun aber gewisse Leute keine Freunde und sie wählen dann „bequeme“ Methoden, die aber im großen und ganzen die Aufmerksamkeit des Staatsanwaltes wachzurufen pflegen. Wer das Geld auf der Straße aufheben will, kann dazu jede Hand schütteln, nicht gut gebrauchen und allzu bequem und höflich darf er auch nicht sein. Minuter ist es auch nicht sehr einfach, die Stelle zu finden, wo das Geld auf der Straße liegt. Man muß suchen und auf der Hut sein.

Heute erst reicht! Die überaus harten wirtschaftlichen Bedingungen haben schon manchen Studierten und Gelehrten zum Straßenhändler oder zum Gepräger gewählt. Hunger und Not fragen nicht danach. Heute heißt es, die Bähne zusammenbeißen und den Kopf oben behalten.

Das ist ein Mann, der sich wehren kann und den Schwierigkeiten täglich aus neuer ein trügerisches, hartnäckiges „Dennnoch“ entgegensezt.

## Arnold Böcklin.

1901 — 16. Januar — 1926.

Sind es wirklich schon 25 Jahre, daß Arnold Böcklin nicht mehr unter den Lebenden weilte?

Es mag wohl so sein, denn im Jahre 1927 werden es bereits 100 Jahre, daß er geboren wurde. Er ist also schon beinahe ein Klassiker geworden. Schwer hatte er es allerdings, um sich seine Kunst durchzusetzen. Es war eine ganz neue Art natürlicher Darbietung, die aus seinen Gemälden sprach und leider zunächst nicht allenhalben Beachtung fand.

Der erste, der die Bedeutung des jungen Genies erkannte, war der Münchner Kunstsiebzehner und Sammler Graf Schatz. Noch heute zählen die Böcklinischen Werke zu den kostbarsten Schätzen der Inzivischen auch der Allgemeinheit zugänglich gewordenen „Schatz-Galerie“ in München.

Amherin war Böcklin über 50 Jahre alt geworden, bis er sich sowohl durchsetzte, batte, daß er ohne

Sorge in die Zukunft blicken konnte. Seine bedeutendsten Werke wurden dann in unzähligen Nachstellungen bis in die exklusiven Ausstellungen des Publikums.

Wer kennt nicht sein phantastisches „Spiel mit den Wellen“? Wer kennt nicht „Die Seeschlangen“?

Welant ist auch sein Selbstbildnis, dieses durchdringende Antlitz eines ersten Mannes, hinter dem bereits der Tod die Lippe schwingt.

Am berühmtesten freilich wurde seine „Toteninsel“, die er im Alter von 56 Jahren schuf. Die Schönheit seines Lebens verbrachte er in den Städten Basel und München. Nun wieder zog es ihn seine Heimat zurück. Seine elmanische Abstammung kommt ja auch in seinem Namen „Böcklin“ (also eigentlich Böcklein) zum Ausdruck, und es ist wohl davon, die ihn kannten, noch erinnerlich, wie heftig er werden konnte, wenn man seinen Namen auf der zweiten Silbe betonte.

Er starb hochgeehrt im 74. Lebensjahr am 16. Januar 1901.

## Scherz und Ernst.

II. Der Globetrotter ohne Beine. Zur Zeit unternimmt ein französischer Kriegsberichter eine Fußwanderung um die Welt. Da ihm beide Beine abgeschnitten worden sind, läuft er nur auf hölzernen Prothesen. Er hat bereits 9000 Meilen zurückgelegt. Für die Bezahlung von 70000 Franken.

II. Das Erdlicht. Jeder weiß, daß die Erde zu den dunklen Planeten und nicht zu den selbstleuchtenden Himmelskörpern gehört. Wie kann sie denn da Licht haben? Wenn der Mond als ganz seine Sichel am Himmel steht, also etwa 2—3 Tage nach Neumond, so kann man zu seiner Bewunderung beobachten, daß man ihr trocken zur runden Scheibe ergänzt sieht, aber nur die Sichel ist hell leuchtend, das übrige erscheint in einem schwachen, grauen Schimmer. Wie ist dies zu erklären? Von der Sonne stammt es jedenfalls nicht her. Man kann nur annehmen, daß es Licht ist, welches die von der Sonne beleuchtete Erde auf den Mond zurückstrahlt, und dies nennt man „Erdlicht“. Auch bei dem Planeten Venus, der ja ebenfalls ähnlich ähnliche „Phasen“ wie der Mond aufweist, glaubt man, wenn er noch eine schmale Sichel ist, derartiges zu beobachten; aber, falls dies zutrifft, kann dies doch nicht auf „Erdlicht“ beruhen. Dazu ist die Sonne von uns zu weit entfernt.

III. Auf der Suche nach einer Guillotine. In Schweizer Kanton Uri wurde ein Mörder, der ein junges Mädchen in grauflamiger Weise abgeschlachtet hatte, zum Tode verurteilt. Im ganzen Lande aber gibt es keine Guillotine und ebenso wenig verfügt man über einen Henker. Mehrere Einwohner des Kantons haben sich indessen bereits erboten, als Richter ihres Amtes zu warten. Sollte das eingerichtete Gnadengelehr des Berurteilten zurückgewiesen werden, so wird sich der Kanton Uri, um das Urteil vollstrecken zu können, vom Kanton Luzern die Guillotine ausleihen.

## Volkswirtschaft.

II. Besteigte Erwerbslosigkeit. In der Zeit vom 15. Dezember letzten Jahres bis zum 1. Januar d. J. hat über die Zahl der unterstützten Arbeitslosen von 1060 397 auf 1485 931 erhöht. Männliche Erwerbslose werden insgesamt 1225 052 unterstützt, weibliche 180 879. Die Ziffern der nichtunterstützten und der bereits ausgesteuerten Erwerbslosen ist in dieser Zahl nicht enthalten.

## Handelsteil.

Berlin, den 13. Januar 1926. Am Devisenmarkt weitere Besserung der englischen Balala. Neuer Rückgang des französischen Franken. Am Effektenmarkt blieb die Tendenz zunächst sehr flau. Später trat Erholung ein. In Schiffahrtswerten war fulminante Aufsicht zu verzeichnen.

Am Rentenmarkt blieb die Lage still. Kriegsanleihe 0,212—0,216.

Am Produktenmarkt herrschte für Brotgetreide kaum Nachfrage, besonders klagten die Mühlen sehr über den schwachen Abzug von Mehl, Hafer, Gerste und Hülsenfutterstoffen, wurden nur zum unmittelbaren Verbrauch bei eher nachgiebiger Forderungen gehandelt. Detaillierte Angaben.

Warenmarkt. Mittagsbörse. (Amtlich). Getreide und Getreidearten der 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen-Märkt. 249—255 (am 12. 1.: 250—256). Roggen-Märkt. 147—154 (147—154). Sommergerste 183—210 (183 bis 210). Rüter und Wintergerste 151—165 (161—165). Mais-Märkt. 160—171 (161—172). Mais-Loft Berlin — (—). Weizenzucker 33—36 50 (33—36,75). Roggenzucker 22,75—24,50 (22—24,75). Weizenklein 11,25—11,50 (11,25—11,50). Rogge klei 9,75—10,25 (9,75—10,25). Mais 350—355 (350—355). Rissat 1—1,50. Rissat-Speierfutter 22—25 (22—25). Rüterzucker 20—22 (20—22). Rüterschoten 18—19 (18—19). Rüterbohnen 19—21 (19—21). Weizen 20—23 (20—23). Lupinen blaue 12—12,50 (12—12,50) gelbe 14—15 (14 bis 15). Geradella neu 18—19 (18—19). Rapssoden 15,25—15,50 (15,25—15,50). Leinfrüchten 23,60—23,80 (23,60—23,80). Trockenflocken 8,10—8,30 (8,10—8,30). Sojaöl 20,50—20,60 (20,60—20,70). Tortflocke 30—70, 8,20—8,40 (8,20—8,40). Kartoffelhofen 14,70—15,40 (14,90—15,40).

## Schlachthofmarkt.

(Amtlicher Bericht vom 13. Januar.) Auftrieb: 2308 Rinder (darunter 607 Bullen, 539 Stiere, 1162 Kühe und Färsen), 2317 Stäbler, 5935 Schafe, 7673 Schweine, 35 Ziegen, 157 ausländische Schweine. — Preise für 1 Pfund Lebendgewicht: in Fleischspezialitäten:

Cötzen: 1. voll fleischige, ausgemästete 50—53, 2. vollfleischige, ausgemästete 47—50, 3. junge Fleischige, nicht so ausgemästet 36—40, 4. mäßig ausgemästete Jungen 28—32.

Bullen: 1. vollfleischige, ausgemästete 48—55, 2. mäßig ausgemästete Jungen 38—45, 3. mäßig ausgemästete Färsen (Stieren) und Kühe: 1. l. vollfleischige, ausgemästete 42—45, 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe 42—45, 3. mäßig ausgemästete Kühe 38—40.

Färsen (Stiere) und Kühe: 1. l. vollfleischige, ausgemästete 48—51, 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe 40—44, 3. ältere ausgemästete Kühe 38—45, 4. mäßig ausgemästete Kühe und Färsen 19—21.

Gering genährtes Jungvieh (Kreuzer): 30—40. Rinder: 1. Doppelpaar junger Mast —, 2. feinste Mastsäbler 85—92, 3. mittlere Masts und beste Mastsäbler 85—92, 4. dicke, blauende Lachsalbe 85—92.



Wohnhaus mit einem Stützvau von rund 100 Jahren einen Preis von 1500 Mark (h), ein größeres Haus erzielte ein Höchstangebot von 3000 Mark (h). Unter diesen recht merkwürdigen Angeboten wurde begreiflicherweise der Zuschlag ver sagt.

\* 3 Jahre lang unter freiem Himmel genächtigt. Unter einem Gebüsch in einem Stockholmer Park stand mon eine 80 Jahre alte Frau, die seit 3 Jahren unter freiem Himmel übernachtet hat, weil sie von ihren Haushütern schlecht behandelt worden war. Wie die Frau mit ihren zwei Bettdecken die Winterkälte zweitlig überstanden hat, ist sehr unerklärlich.

\* Der Bergarbeiterstreit in Amerika wird nach Meldungen aus New York in verschärfter Form weitergeführt. Die Bergarbeitergewerkschaft hat beschlossen, die Holzhandarbeiter aus den Anthrazit-Bergwerken zurückzuziehen. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Haltung der Gegenseite wird scharf kritisiert.

#### Kleine Nachrichten.

\* In Spandau verlebte ein 22jähriger Klempner eine 15jährige Kontraktzeit, die ihn abgetreten hatte, lebensgefährlich und starb sich dann selber durch einen Selbstschuß.

\* Beim Kugelrennen ist in Breslau ein Offizier zwischen den Puffern gestorben und totgequetscht worden.

\* Polnische Beamte forderten in dem Ort Przytul Malz die Schäffel zum evangelischen Bethaus, das die Deutschen bereits seit 71 Jahren in Besitz haben. Der Altaricus, das Kreuz und die Tücher wurden von den Polen weggenommen. Alsdann nahmen sie eine Versteigerung des Bethauses vor.

\* Eine Delegation von 100 führenden merikanischen Schönheitsleuten tritt, laut New Yorker Kabellbericht des "Konföderaten", einer fünfmonatigen Rundreise durch Europa und Amerika unter den Aufsichten der merikanischen Schönheitservereinigung an.

#### Gerichtsaal.

\* Versuchter Landesverrat lag einem Kaufmann aus Bergneustadt zur Last, der sich vor dem Staatsgericht des Reichsgerichts zu verantworten hatte. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Steilung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

\* Durch ein verhängnisvolles Versehen beinahe das Augenlicht eingeschossen hat ein neugeborenes Kind in Breslau. Eine dortige Hebammen hatte in der Apotheke eine einprägnige Hollentinktur zur Reinigung der Augen bestellt. Der Apotheker bestätigte verabschiede aber irrtümlicherweise eine sechsprägnige Lösung. Der Angeklagte wurde zu zwei Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Die Bewährungsfrist soll eintreten, wenn es dem Angeklagten gelingt, innerhalb dreier Monate eine Geldbuße von 600 Mark aufzubringen.

\* Zwei Jahre und drei Monate Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und 900 Mark Geldstrafe wurden einem ehemaligen Kaufmann aus Nieder-Hermisdorf (Schlesien) auferlegt. Der "hoffnungsvolle" junge Mann ist bereits fünftzehnmal vorbestraft, darunter mehrere Male mit Zuchthaus. Der Angeklagte hatte sich das gewinnbringende Geschäft des Heiratschwindsels erwählt. Er verprach jungen Mädchen, denen gegenüber er sich als Frauenarzt und Großkaufmann ausgab, die Ehe. Nachdem er seine Opfer angebaut und bestohlen hatte, verlor er spürlos. Bei der Verhandlung gab der Angeklagte an, daß er zur Verhüllung seiner Nerven sich dem Alkoholgenuss hingab und täglich nicht weniger als - hundert Zigaretten rauchte.

#### Preußen im Reichsrat.

Der Landtag für einheitliche Stimmberechtigung.

- Berlin, den 13. Januar 1926.

Der Preußische Landtag nahm heute die namentliche Abstimmung zu dem Gesetz über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen vor. Die Abstimmung ergab die Annahme der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung mit 211 gegen 178 Stimmen. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen, das Zentrum, die Hannoveraner und die Deutschösterreicher. Danach werden die Vorstellungen über die Stimmberechtigung im Reichsrat zwischen den befürwortenden und den gewählten Reichsratsmitgliedern vorherberaten. Kommt hierbei eine Einigung

nicht zustande, so hat jedes der gewählten Mitglieder das Recht, eine nochmalige Abstimmung des Gesetzes mit dem Staatsministerium zu verlangen. Die Entscheidung erfolgt durch Mehrheitsabstimmung.

In den Ausschüssen des Reichsrates führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens. In den Vollversammlungen des Reichsrates werden die Stimmen Preußens gemäß der Entscheidung der Vorbereitung einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied abgegeben.

Zudem gewählten Mitglied steht hierbei das Recht zu, eine von dem Vorsitz der Vorbereitung abweichende Sitzungnahme im Reichsrat bekannt zu geben.

#### Die Ergebnisse eines Geschäftsministeriums.

Der Preußische Landtag beschäftigte sich zunächst mit der großen Anfrage der Deutschnationalen, in der festgestellt wird, ob den damaligen Kultusminister Braun, obwohl ihm der Landtag das Vertrauen am 23. Januar 1925 verlost habe, berichtet war, den Erlass vom 6. Februar 1925 über die Auflösung der Lehrerseminare um herauszugeben.

Die Abg. Baedeker (Berlin) (D.P.) und Körner (B.W.) vertraten den Standpunkt, daß ein Geschäftsministerium ohne Genehmigung des Landtages keine Verordnungen erlassen dürfe. Namens der Sozialdemokratie erklärte Abg. Leinert, nach der preußischen Verfassung habe im Falle des Austritts des Gesamtministeriums das zurückgetretene Ministerium die laufenden Geschäfte bis zum Amtsantritt des neuen Ministeriums weiter zu führen. Nach der Verfassung sei es gar nicht angängig, Richtlinien für den Begriff "laufende Geschäfte" aufzustellen.

Damit schloß die Aussprache, und das Haus trat mit den Stimmen der Linken bis zum Zentrum den Ausschluß abzuschließen bei, die den deutschnationalen Standpunkt ablehnen.

#### Hannoversche Beschwerden.

Es folgte die Beratung des Antrages der Abg. Blester (D.S.-Partei), u. Gen., der behauptet, daß die Deutsch-Hannoversche Partei noch immer in einer Überwachungsaffäre im Inneministerium gefangen wird und in dem um einen Landtagsbeschuß betr. die Aufhebung dieser Affäre ersucht wird.

Abg. Blester (D.S.-Partei), der den Antrag begründete, rief dabei lebhafte Angriffe gegen Rose, welcher sich bei den letzten Wahlen gegen die Deutsch-Hannoversche Partei alles geleistet habe, insbesondere an Beamtenbeleidigung, und gegen den Inneminister Seevering, der dem Geist von Potsdam bedenklich näher steht als dem Friedensengel mit dem Delitzsche.

Abg. Blester (D.S.-Partei), der den Antrag begründete, rief dabei lebhafte Angriffe gegen Rose, welcher sich bei den letzten Wahlen gegen die Deutsch-Hannoversche Partei alles geleistet habe, insbesondere an Beamtenbeleidigung, und gegen den Inneminister Seevering, der dem Geist von Potsdam bedenklich näher steht als dem Friedensengel mit dem Delitzsche.

Abg. Blester (D.S.-Partei), der den Antrag begründete, rief dabei lebhafte Angriffe gegen Rose, welcher sich bei den letzten Wahlen gegen die Deutsch-Hannoversche Partei alles geleistet habe, insbesondere an Beamtenbeleidigung, und gegen den Inneminister Seevering, der dem Geist von Potsdam bedenklich näher steht als dem Friedensengel mit dem Delitzsche.

Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen dem Börchner und dem Abg. Blester (D.S.-Partei) wurde der Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt.

Heraus beschäftigte sich das Haus mit mehreren Anträgen über die

#### Förderung des Wohnungsbauens.

Der Ausschuss hat, wie Abg. Südmann (Soz.) in der Debatte betonte, ein ganzes Wohnungsbauprogramm aufgestellt. Nach dem Ausschlußantrag sollen mit Hilfe öffentlicher Beihilfen in Preußen ab 1926 jährlich mindestens 100 000 Wohnungen errichtet werden.

Abg. Bergmann (Btr.) erklärte: Die öffentlichen Geldinstitute, wie die Sparassen u. d. m., müssten 40-50 Prozent ihrer Einnahmen für Neubauarbeiten zur Verfügung stellen. Die Karlsruhe in der Baustoffindustrie bedürfen schärfster Kontrolle.

Abg. Dr. Grundmann (D.P.) bezeichnete das vom Ausschluß entworfene Wohnungsbauprogramm als eine Fassung auf der mittleren Linie. Seine Fraktion hätte nur den Wunsch, die 40 Prozent der Inanspruchnahme der Mittel der öffentlichen Geldinstitute auf 30 Prozent herabzusetzen, um die Liquidität nicht zu schädigen.

Hierauf vertrat sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr.

#### Das Knappfschaftsgesetz.

Aus dem Reichstag.

- Berlin, den 13. Januar 1926.

Zur Verhandlung stand zunächst das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Spanien. Abg. v. Grafe (Wölf.) verwies auf die leeren Regierungsbänke und fragte wer denn die Vorlage eigentlich vertrete. Sie sei kein Nutzen für die verloren gegangene Regierung, da sie gegenüber Spanien kapitulierte und die Interessen der Wirtschaft und Landwirtschaft preisgegeben habe.

Das Abkommen wurde darauf hinzu bestimmt, dass es zwischen den zuständigen Ausschüssen übernommen, ebenso der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den Niederlanden.

#### Berufs- und Fortbildungsschule.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei Berufsschulen des Unterrichts der Berufs- und der Fortbildungsschule Bestrafung erfolgt. Wünschen die Arbeitgeber oder die gesetzlichen Vertreter aus besonderen Gründen eine Befreiung des Schülers für einzelne Tage oder Stunden, so haben sie vorher unter Angabe der Gründe die Genehmigung des Schulleiters so rechtzeitig zu beantragen, daß dieser nötigenfalls die Entscheidung des Landrats einholen kann.

Spangenberg, den 13. 6. 1925.

Der Vorstand der Berufs- und Fortbildungsschule Schier.

Einige

Lehrmädchen

die das Schneidern erlernen wollen, steht ab 1. Februar ein.

Fran Martha Eisfeld

Jägerstraße.

Gemischter Chor

Donnerstag abend

Gesangsstunde

Hoher Verdienst

durch Versandstelle, Kommissionsware, schriftliche Heimarbeit etc. durch Jedermann an jedem Ort.

Rückporto Scholae in

Nennig, Mosel.

Ein- u. Zweipänner gut erhalten

Jagdschlitten

zu verkaufen. Wo? sagt die

Wesentlichste d. Zeitung.

Die erste Lesung der Vorlage zum Reichsstaatsvertrag. Sie wird dann fortgesetzt.

Abg. Daniels (Soz.) warnt vor einer Durchdringung des Reichsstaatsvertragsdeals, gegen das Unternehmen von normalem einen erbitterten Kampf geführt hätten. Der habe das Arbeitsmarktinteresse dabei verlaufen.

Abg. Ambrosius (Btr.) betont die Notwendigkeit, im Bereich Frieden und Verbesserungen zu schaffen. Dringend nötig sei die Wiederaufbau der Familiensituation, die gegenwärtig wirtschaftlich abgebaut worden ist. Die Rentner und Bergarbeiter seien zu hoch, die Gemeindearbeiter hätten überall mehr. Die Altersgrenze nicht zu hoch, sondern zu niedrig.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag verlegt.

#### Preußischer Landtag.

Erste Sitzung nach den Ferien.

Berlin, den 12. Januar 1926. Bei nur schwacher Beteiligung wird die erste Sitzung nach der Weihnachtspause eröffnet.

Bundestag befiehlt sich das Haus mit der 2. und 3. Belegerung des Gelegenheitsurteils über die Unterbringung der Lehrer und Leiter von staatlichen Lehrer- und Lehrerinnen. U. Sanft u. Durch die Vorlage werden die Anträge begangen. Pensionserhaltung derjenigen Beamten geregt, die vom 26. Februar 1919 betroffen wurden.

Bei der allgemeinen Aussprache wendet sich die Abg. Wegscheider (Soz.) gegen deutschnationalen Aenderungen.

Ein Regierungsvertreter betont, daß bei Berücksichtigung der Orte ferrieren und der Zungenart er für die Stellen belegung eine mittlere Linie eingehalten werden sollte.

Abg. Delle (Btr.) setzt sich für den Antrag seiner Partei ein.

Abg. Bildermann (Btr.) hebt die Notwendigkeit der Neuordnung der Lehrerbildung und die Bereitschaft seiner Partei hervor, an der Befestigung der durch die Auflösung der Lehrerbildungsanstalten entstandenen Unstabilitäten mitzuwirken.

Abg. Bremann (D.P.) bemerkt, Schnelligkeit sei nicht die Methode, die hier empfohlen werden könne.

Abg. Otto-Charlottenburg (Dem.) betont, es gebe lediglich einen willkürlichen Mittelpunkt als Ausgleich der widerstreitenden Interessen der Lehrerbildner einerseits und der Städte und Studienstellen andererseits zu finden.

Ein Vertreter der Regierung führt aus, das Ministerium werde alles tun, um die abgebaute Seminarlehrer wieder an der richtigen Stelle einzufügen.

Die Vorlage wurde schließlich in zweiter Lesung nach dem Ausschluß, ausgeschlossen unter Ablehnung der Aenderungen, anträge mit großer Mehrheit angenommen. Die dritte Belegerung steht man ab.

Weiter berichtete Abg. Eichhoff (D.P.) über die Ausschlußberatung über die Großen Anträge v. Campe (D.P.), die Auskunft verlangte, welche Maßnahmen die Staatsregierung treffen wolle, um den durch die Besetzung des Ruhrgebietes geschädigten Gemeinden zu helfen, die durch das Feld eine endgültige Entstädigung erfolgt ist. Der Berichtsberater gab eine eingehende Darlegung der bisher gemachten Erfahrungen an die Gemeinden.

Das Haus stimmte schließlich mit großer Mehrheit dem Ausschlußbeschuß zu, der die Großen Anträge als durch frühere Zusagen der Regierung erledigt erklärt.

Dem Berlebbausatz wurde der Antrag über die Errichtung eines Flugplatzes in Kolberg zurückgewiesen.

Alsdann trat Beratung auf Mittwoch 12 Uhr ein.

#### Deutscher Reichstag.

kleine Vorlagen.

Berlin, den 12. Januar 1926.

Mit Eintritt in die heutige erste Sitzung nach den Weihnachtsferien wurde von dem Abg. Nadel (Komm.) auf die gestiegene Arbeitslosenziffer hingewiesen und eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefordert. Der Antrag überwies man dem Sozialpolitischen Ausschuss.

Alsdann fand das Abkommen mit Haiti über die Aufstellung des Ausgleichsvertrahns in allen drei Lesungen Zustimmung.

Weiter folgte der Gelegenheitsurteil zur Aenderung der Vorlage über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Im weiteren folgte die erste Lesung der Vorlage zur Aenderung des Reichsstaatsvertragsdeals. Wirtschaftsminister Dr. Brauns leitete die Beratungen ein. Die für wünschenswert erachtete Familienrente wurde für von den meisten Knappfschaften abgelehnt worden. Sie werde jetzt durch die vorliegende Novelle zur Pflichtleistung gemacht. Der Entwurf beabsichtigt weitere einzelne, hinsichtlich des Ausmaßes entbehrliebliche Leistungen aus der knappfschaftlichen Versicherung herabzumindern.

Alsdann brach man die Beratungen ab. Es traf darauf Beratung ein.

#### Thomas Mehl, Kali, Rainit

Ammoniak, Kalfstickstoff,

stets am Lager

#### Georg Meurer.

Steuerhefte.

Steuerhefte für den Straßenhandel 4. Kalenderjahr 1925 sind bis spätestens den 17. ds. Wilts. - zur Vermeidung einer Ordnungsstrafe und eines Bußgeldes auf Zimmer 8 zurückzugeben und gegen neue umzutauschen.

Meldungen 5. Januar 1926.

Das Finanzamt.

#### Inserieren bringt Gewinn!

Ladung  
Steinkohlen  
trifft nächster Tage ein.  
Georg Meurer.

#### Rotkraut, Weißkraut,

Schwarzwurzel,

Nüschen

Georg Meurer.

#### Zum Schlachten

sämtliche Zutaten

Richard Mohr / Spangenberg.

#### Brikett's

am Tage der Ankunft 1,30 Mk. frei Haus.

Bestellungen bitte man bald zu machen.

Georg Meurer.